



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Flemming Meyer

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rücknahme von Medikamenten in Apotheken

1. Wann wurde der Rücknahmevertrag von Medikamenten mit den Apotheken gekündigt?

Der Landesregierung ist die Vertragslage zwischen den Apotheken, dem Apothekerverband Schleswig-Holstein und den Anbietern von Rücknahmesystemen für Altmedikamente nicht bekannt.

2. Warum wurde der Rücknahmevertrag von der VSW gekündigt?

Die Abkürzung „VSW“ ist hier nicht bekannt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Was passiert seit der Kündigung mit den in Apotheken abgegebenen Medikamenten?

Altmedikamente werden in der Regel von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern im Rahmen der Schadstoffentfrachtung des Hausmülls auf den Recyclinghöfen und bei den Schadstoffsammelstellen, teilweise gegen Entgelt, ange-

nommen. Eine einheitliche Regelung ist nach Auskunft des Arbeitskreises Abfallwirtschaft der Kreise und kreisfreien Städte auch nach Gesprächen mit dem Apothekerverband Schleswig-Holstein nicht zustande gekommen.

4. Welche Lösungen gibt es für die Apotheken, in Zukunft ihre Medikamente zu entsorgen?

Die Abfallentsorgung ist eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe der Kreise und kreisfreien Städte. Diese regeln die Überlassung und Entsorgung von Abfällen in ihrem Zuständigkeitsbereich eigenverantwortlich durch Satzung.

Die Landesregierung begrüßt es, wenn Apotheken, nicht zuletzt als Service gegenüber ihren Kunden, weiterhin Altmedikamente aus privaten Haushaltungen zurücknehmen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuführen. Eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht.

Die in Apotheken selbst als Abfall anfallenden Altmedikamente sind vom Apotheker als Abfallerzeuger im Sinne von § 3 KrW-/AbfG auf seine Kosten einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

5. Hat die Landesregierung vor, die Apotheken bei der Suche nach einem überregionalen Lösungsmodell zu unterstützen?

Die Landesregierung unterstützt die Suche nach einer überregional einheitlichen Lösung. Hierzu steht sie, wenn gewünscht, für vermittelnde Gespräche zwischen den Beteiligten zur Verfügung.